

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mk., bei Selbstabholung 2.75 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 9.— Mk., für 1 Monat 3.— Mk. (Vorkasse) vierteljährlich 10 Pfg., monatlich 30 Pfg. — Postkontonr. Nr. 53 477. Postkontonr. Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauscher Straße 10 21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 13 008.

Inseratenpreise: Die 7spaltige Petitzeile 1.25 Mk. — Die 7spaltige Petitzeile mit Plagvorschritt 1.50 Mk. — Die 7spaltige Petitzeile Familiennachrichten 1.10 Mk. Die 7spaltige Petitzeile 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 10 21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Halblägiger Demonstrationstreik in Berlin Um das Betriebsrätegesetz.

Berlin, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die heutige Ausgabe der Reichszeitung veröffentlicht folgenden Aufsatz:
Arbeiter, Arbeiterinnen und Angehörige
Die Nationalversammlung tritt heute morgen 9 zusammen. Sie hat den Antrag, das Betriebsrätegesetz durchzusetzen. In diesem Gesetz paart sich Fortschritt mit Modernität. Wirtschaftliche Demokratie schenkt man auch geben zu wollen, in Wirtschaft will man auch wieder sein zu des kapitalistischen Jochs, schmieden, will man die Betriebsräte zu Manuskripten des Unterdrückten machen. Kann eine solche Gesetzesmacher nicht gefällig sein? Jetzt den Kräfte in der Nationalversammlung, hat ihre auch nicht zu bedingten Objekten der Gesetzgebung erwidern lassen wollen.
Besetzt daher heute mittag 12 Uhr die Betriebe. Demonstrieren in Waffen vor dem Reichstage!
Gewiß der Regierung und der herrschenden Gesellschaft, daß sie erst die letzte Ermächtigung der Revolution, die revolutionären Betriebsräte nicht ranzen lassen will. Auf zum Kampf! Wieder mit dem Betriebsrätegesetz! Auf zum Kampf für das volle Arbeitsrecht und Arbeitsrecht für revolutionäre Betriebsräte, für das revolutionäre Betriebsrecht!
Der Aufsatz ist unterzeichnet von der größten Zahl der Berliner Gewerkschaften, so vom Metallarbeiterverband, vom Eisenarbeiterverband, vom Bauarbeiterverband, vom Fabrikarbeiterverband usw. Ferner vom Reichsbund der Berliner-Brandenburg der U. S. F. D. und vom Reichsbund der Arbeiter.

rover aus getraut wurde und beschuldigt wird, Straftatwindeln zu haben, verurteilt sich bei der Festnahme die Polizeibeamten zu den schmerzlichen und für das Leben zu nehmen. Er konnte daran aber rechtlich gehindert werden. Immerhin hatte er sich schon eine so schwere Verletzung zugezogen, daß er von der Straftatwache nach der Polizei gebracht werden mußte. Von dort wurde er jedoch nach Auflegung eines Notverbandes nach dem Berliner Volkspolizeihaus transportiert. Der Verhaftete gab zunächst an, Berlin zu verlassen und in der Kaiserin-Augusta-Straße zu wohnen. Früher konnte ich mich auch in Berlin und auch in v. Pappenburg.
Es scheint sich in diesem Falle um den im Prozeß vielbesprochenen unbelannten Offizier zu handeln, der vom Kritiker der Anklage aus den üblichen Danks auf Genossen Eugendruck abgeben hat.
Es ist demnach allem Anschein nach das Unglück dieses Mitglieds der roten Werte, die man auf die revolutionären Kämpfer geschlossen hatte, daß es neben gewöhnlicher Wundtätigkeit an den Seiten aus den Reihen des revolutionären Proletariats auch noch allseitig andere gewisse Schwächen besitzt, derenwegen die Polizei auf seine Spur geriet und nun, hat der Schwundler den Arbeiter erwischte. Aber noch darf er hoffen. Den Marob, Bogel und Co. ist auch kein Haar gekrümmt worden.
Bei dieser Gelegenheit darf übrigens die Militärjustiz, wieder einmal demnach gekannt werden, wie es dem eigentlichen mit dem schon fast laienhaft gewordenen Anklageverfahren gegen den Oberleutnant Bogel steht. Es wäre wohl an der Zeit, daß die Öffentlichkeit über diese immerhin nicht unbedeutende Angelegenheit einmündig informiert würde.

Wirtschaftliche Kämpfe in Frankreich.

Paris, 5. Januar.
L. J. Frankreich hat unter dem Kriege juristisch gelitten; es blutet noch aus tausend Wunden; es leidet seelisch und leidet ökonomisch.
Und wie es in der kapitalistischen Gesellschaft nicht anders sein kann: alle Leiden der materiellen Entblößung fließen auf den Proletariat ein; mit seinen leeren Händen geht er wehrlos da; weil er täglich das Gerlinge, das er erarbeitet, verzehren muß, wird er täglich neu um die besten Früchte seiner Arbeit betrogen. Es ist seine Gesundheit zerstört, die dem Wohnungswucher in dämpfen Lüchern geopfert wird; es ist sein Leib, der in der weiten, dünnen Wüste allgemeiner Not als erster hinwinkt.
Die verzweifelte Bedrängnis der verarmten Volksmassen kommt in gewerkschaftlichen Kämpfen täglich schärfer offen zum Ausdruck; seit dem Abschluß des Waffenstillstands durchzieht eine lange Reihe von wirtschaftlichen Kämpfen fortlaufend von einem Ende zum andern das Land.
Die ausgedehnten Streiks der Angestellten der großen Pariser Warenhäuser und der Typographen wurden abgelehnt von zahlreichen kleineren Bewegungen in Paris und in der Provinz. Augenblicklich steht das Personal der Pariser großen Oper im Streik. Durch lange Monate zogen sich die Verhandlungen hin zwischen den Gewerkschaftsvertretungen und der Direktion. Die verlangten Gehaltserhöhungen wurden immer wieder hinausgeschoben, nach langem Hin und Her für den Monat Oktober in Aussicht gestellt und vielleicht doch verweigert.
Dieser Streik des Operpersonals ist für die rasch fortschreitende Proletarisierung der Intellektuellen in Frankreich ebenso kennzeichnend wie der jüngst erfolgte Anschluß von 100 000 Lehrern an die nationale Gewerkschaftsorganisation (C. F. T.). Die unerbittlich schärfer werdende Teuerung hat die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Eigentumsordnung nach Proletarisierung des Mittelstandes außerordentlich beschleunigt. Gleich Hagelgeschloßen prasseln die Preiserhöhungen über das Land her und schlagen alle für Lohn arbeitenden in dasselbe graue Einerlei des Glends nieder: sie zwingen die Kopfarbeiter wie die Handarbeiter, den Kohlenhändler wie den Schaupspieler zu einem erbitterten Kampf gegen den Unternehmer, zu einem Streik um simple, selbstverständliche Stückchen trockenen Brotes.
Vielleicht noch vor der Regelung der Differenzen in der Oper bricht ein neuer Kampf aus zwischen den Postbeamten und der Staatsverwaltung. Mit dem Inkrafttreten der vor einiger Zeit bewilligten Gehaltserhöhungen will die Administration die Teuerungszulage von 720 Frank fallen lassen. Die Gewerkschaft der Post-, Telefon- und Telegraphenbeamten verlangt jedoch unbedingt die Weiterzahlung dieser Zulage. Die Beamten halten gegenwärtig ihre öffentlichen Rundgebungen ab und es ist vorauszu sehen, daß der Gegensatz sich bald scharf zuspitzen wird.
Am 16. Februar hin drohen die Bergarbeiter Frankreichs mit dem Generalstreik, falls ihnen bis dahin die verlangte Alterspension von 1500 Frank nicht zugesichert sei. Der Landeskongreß hat dieses Datum festgelegt und die Gewerkschaft rüstet zum Streik. Finanzminister Klotz antwortete bis zur Stunde mit der Ausrede der „finanziellen Unmöglichkeit“. Ein Riesenkampf steht vor seinem Ausbruch, wenn den Bergarbeitern keine Konzessionen gemacht werden.
Seit dem 23. April 1919 ist das Gesetz über den Nachtstunden tag in Kraft. Eine ganze Anzahl von Unternehmen sabotiert das Gesetz; einzelne von ihnen greifen zur Aussperrung gegenüber den Arbeitern, die an den 8 Stunden euerlich festhalten. So verweigern beispielsweise die Unternehmer der Seife, die Arbeiter den Nachtstunden tag unter dem Vorwand notwendiger rascher Kohlentransporte auf der Seine; zugleich drohen sie mit der Ausscherrung.
Der Streik der Pariser Typographen ist noch in aller Einnahme und schon rufen die Unternehmer wie die Arbeiter für nahe neue Kämpfe.
Eine fast unabsehbare Reihe von Bewegungen steht bevor und immer neue treten hinzu: Metallarbeiter, Textilarbeiter (Lille-Kaubal-Lourcoing), Transportarbeiter usw.

Das obige Gewissen der Reichsjustiz verurteilt die folgende Meldung:
Berlin, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Am Vorwärts erklärt der Reichsbund der Arbeiter der U. S. F. D. einen Aufruf, in dem den Unabwägigen Wert an der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands vorgeworfen wird, weil die Faktion der Unabhängigen in der Nationalversammlung seit Monaten sich an den Kommissionenberatungen zur Vertretung des Betriebsrätegesetzes nicht beteiligt habe. Jetzt, wo die letzten entscheidenden Kämpfe um das Gesetz im Parlament ausgetragen werden sollten, fordere „in universitären Größenmaß“ die Partei, welche in ihrem letzten Vorstandsvorstand auf dem Leipziger Parteitag den großen Mangel an aktiven Kräften zur besseren Führung ihrer Organisationsorgane bitter beklagt habe, das volle und uneingeschränkte Arbeitsrecht über die Betriebsführung des landesweiten kommunistischen wirtschaftlichen Apparats von ganz Deutschland. Es heißt dann weiter:
Arbeiter, Angehörige, Beamte! Durchschau die Mandate dieser politischen Mitspieler. Erreut, sollen die Massen unter falscher Flagge in den Kampf. Nicht um das Betriebsrätegesetz, sondern um Kampf um die politische Macht sollen die Massen auf die Straße geworfen werden. Sie wollen den Kampf um jeden Preis, sie wollen den Streik, sie wollen das Millionen immer noch mehr hungern... Seid auf der Hut! Die Vertreter der Demokratie liegen auf der Lauer, um aus der Verabschiedung eines Gesetzes, an dessen Verwirklichung sie schuldiger sind als die schändlichen Reaktionäre, ihre kommunistischen Verbündeten zu machen. Seid auf der Hut und folgt ihnen nicht!
Auf diesen Worten spielt die bloße Angst vor den Verletzungen der rechtssozialistischen Standpolitik auf die Arbeiterheit.

Monarchistische Propaganda in der Reichswehr.

Berlin, 10. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vorwärts enthält folgenden charakteristischen Bericht aus Liegnitz: Am Dienstag, 6. Januar, nachmittags um 2 Uhr, fand in Liegnitz eine Reichswehrversammlung statt, zu der ganz geheim, von Mund zu Mund, die Einladung ergangen war. Die Soldaten wurden nachweislich abteilungsweise in Militärautos zum Versammlungsort befördert. Ein Feldwebel aus Görtz las von einem gedruckten Zettel eine Rede für den deutschnationalen Soldatenbund vor, in der die schärfsten antisemitischen Angriffe fielen. Aber es wurde auch behauptet, daß die Monarchie, die baldigst wieder eingeleitet werden müßte, unser Vaterland retten könnte. Es handelte sich also um eine monarchistische Versammlung, in der eine Propaganda betrieben wurde, die direkt gegen den Fahnenhut, mit dem die Reichswehr auf die Reichsverfassung verpflichtet worden ist, verstoßt. Der deutschnationale Parteisekretär aus Breslau wählte der Versammlung vor.

Roske-Zustiz.

Der Redakteur des Ruhr-Echo, Genosse Dr. Stern, wurde am Sonnabend von dem außerordentlichen Richtergericht Essen wegen Verletzung der technischen Richtlinie zu einer sofort zu verhängenden Gefängnisstrafe von 8 Tagen verurteilt. Gen. Stern hatte in einem Artikel aus Anlaß des Ritterfelder-Generalkriegs die Technische Richtlinie als Streikbrecher-Organisation bezeichnet.
Nebenbei kann unser Essener Parteiblatt, das Ruhr-Echo, bereits seit Freitag nicht mehr erscheinen, da infolge des Eisenbahnstreiks die Papierlieferungen ausbleiben sind. Wenn das Wiedereröffnen möglich ist, steht noch dahin, bei der aktuellen Ereignissen in der sich die Arbeiterbewegung, sowohl Eisenbahner wie auch vor allem die Bergarbeiter, zur Zeit befinden, bedeutet das Nichterscheinen unserer Zeitung eine außerordentliche Gefahr.

Belagerungszustand im besetzten Rheinland.

Berlin, 13. Januar. (Z. M.) Ueber die Streitabfälle im Rheinland ist gestern früh von der britischen Behörde der Belagerungszustand verhängt worden. Die Straßen müssen um 8 Uhr abends geräumt sein; Ansammlungen sind verboten. Am Sonnabend werden über hundert Personen von der Leitung des Streiks der Arbeiter des Elektrizitätswerks verhaftet, was die Parole zum allgemeinen Ausbruch bildete. Mehrere Ortschaften stehen unter Wasser und drohen zu erlaufen.

Schwere Ausschreitungen in Hamburg.

Hamburg, 13. Januar. Nach der Oberhambur, Feinmann es in Hamburg Montagnachmittags zu Plünderungen. Die Plünderer stürzten das Rathaus, benachbarten sich der Alten, warfen sie auf die Straße und raubten Geschäfte aus. Die Unruher dehnten sich später auch auf Marxloh und Brockhausen aus. Zwischen den Plünderern und der Polizei kam es zu heftigen Kämpfen. Gegen Abend war die Ordnung noch nicht wiederhergestellt.

Der Schwundel ist nicht loszukriegen.

Das bekannte Leipziger Phänomen, die Leipziger Neuesten Nachrichten, bringen heute eine eigene Berliner Meldung, wonach seit Freitag Konferenzen kommunistischer Arbeiter des Reichs in Berlin stattfinden. In einer Sitzung der Berliner revolutionären Betriebsräte am Sonnabend habe wieder Herr Räder teilgenommen.
Es ist schon vor einiger Zeit gegenüber ähnlichen Schwundelmeldungen festgestellt worden, daß Genosse Räder gar keine Möglichkeit hat, an solchen Sitzungen teilzunehmen, da er bis zu seiner Auslieferung nach Russland in Berlin interniert ist und von Kriminalbeamten in seiner Wohnung, wie überhaupt auf Schritt und Tritt kontrolliert wird. Das hindert natürlich das alldemokratische Leipziger Volk nicht an der gewissenlosen Verbreitung des aufgewärmten Schwundels.

Der Mörder Rosa Luxemburgs verhaftet?

Die tägliche Rundschau berichtet:
Unter dem Verdacht, an der Ermordung der Rosa Luxemburg beteiligt gewesen zu sein, wurde am Sonnabend ein Schneidermeister der 23 Jahre alte Leutnant Theodor Fries von Sicherheitsbeamten der Staatwache festgenommen. Er ist von Han-